

Wie lange lässt sich Trump das noch gefallen?

Stand: 06.08.2019 | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Daniel Friedrich Sturm**
USA-Korrespondent



Verliert langsam die Geduld mit Deutschland: US-Präsident Donald Trump

Quelle: AFP

Donald Trump setzt Deutschland unter Druck. Immer neue Forderungen stellt er an die Bundesregierung – zuletzt im Iran-Konflikt. Die Antwort ist immer gleich: Nein. Lange aber kann sich Berlin nicht mehr wegducken.

Mehr als zwei Jahre ist es nun her, seit Donald Trump erstmals Angela Merkel im Weißen Haus empfing – und ihr den Handschlag verweigerte. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen haben sich kaum gebessert seitdem. Donald Trump hat in dieser Zeit vielmehr den Druck auf Deutschland erhöht – und scharfe Forderungen gestellt. Die Bundesregierung aber schaltet auf stur. Die wichtigsten Streitpunkte:

Trump-Forderung 1: Deutschland soll die Straße von Hormus mit überwachen

Der amerikanische Verteidigungsminister Mark Esper, eben erst vom Senat bestätigt, arbeitet an einer maritimen Sicherheitsinitiative für den persischen Golf. Er will nach mehreren Zwischenfällen in der Straße von Hormus den Schutz von Tankern militärisch überwachen. „Wir werden nur ein Teil davon sein“, sagte Esper, „wir haben die Briten gefragt, die Franzosen, die Deutschen, die Norweger, die Japaner, die Südkoreaner, die Australier.“

Deutschland sagte in dieser Woche unverhohlen ab. „An der von den USA vorgestellten und geplanten Seemission wird sich die Bundesregierung nicht beteiligen“, sagte

(<http://welt.de/197763317>) Außenminister Heiko Maas (SPD). Frankreich schweigt. Mit den Briten verhandeln die Amerikaner noch. So viel zur europäischen Einheit. Nun kann man die Frage stellen, ob eine US-geführte Mission sinnvoll ist, wo die USA das Iran-Atomabkommen verlassen haben. Aber müssten nicht gerade deshalb die Europäer eine eigene Initiative präsentieren?

Trump-Forderung 2: Deutschland soll das Zwei-Prozent-Ziel der Nato erfüllen

„Ich sage Angela, Angela, du musst bezahlen“, rief Donald Trump erst Mitte Juli während einer Kundgebung, adressiert an Kanzlerin Merkel: „Angela, du musst deine Rechnungen zahlen. Du bist weit im Rückstand.“ Trump bezog das auf die Höhe der deutschen Verteidigungsausgaben, die in diesem Jahr bei etwa 1,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen.

Der US-Präsident hat dabei durchaus Recht, auch wenn sein eigener Militäretat von etwa 700 Milliarden Dollar außer Konkurrenz läuft. Schon 2002 hatten sich die Nato-Mitgliedstaaten verständigt, ihre Wehretats sollten sich bis 2024 auf zwei Prozent des BIP zubewegen. Anders als in der deutschen Öffentlichkeit oft dargestellt handelt es sich also um keine von Trump erdachte Forderung. Es war vielmehr die rot-grüne Bundesregierung, die jenen Richtwert auf dem Prager Nato-Gipfel 2002 unterstützte. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) war wiederum dabei, als das Zwei-Prozent- Ziel beim Nato-Gipfel in Wales 2014 festgeschrieben wurde.

Zwei Prozent des BIP von etwa 3,4 Billionen Euro wären 68 Milliarden Euro. Es gibt eigentlich keinen deutschen Politiker, der einen solchen Etat offensiv verlangt. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigt hier keinerlei Führung. Die Bundesregierung peilt Ausgaben von 1,5 Prozent an (<http://welt.de/197265297>) – weit weniger, als viele kleinere und ärmere Nato-Staaten längst investieren. Im Bundeshaushalt 2019 sind 43 Milliarden Euro für Verteidigung vorgesehen.

Die außenpolitisch nicht souveräne alte Bundesrepublik Deutschland gab hingegen lange mehr als drei Prozent des BIP für Verteidigung aus, 1989 noch 2,7 Prozent. Die Bundeswehr besaß damals funktionierendes Gerät und eine halbe Million Soldaten, ohne besonders militaristisch zu wirken. In ganz Deutschland (Bundeswehr, Nationale Volksarmee, Alliierte) waren in den 1980er-Jahren rund eine Million Soldaten stationiert. Seit Ende des Kalten Krieges aber hat es Berlin mit der „Friedensdividende“ etwas übertrieben.

Trump-Forderung 3: Deutschland soll mehr US-Autos kaufen

Das war genau sein Humor. Man arbeite „an Zöllen von 25 Prozent auf alle Mercedes-Benz und BMW, die in unser Land kommen“, sagte Donald Trump am Freitag im Weißen Haus, er fügte sogleich hinzu: „Das war ein Witz.“ Trump und Vertreter der EU waren im Weißen Haus zusammengekommen, um ein Handelsabkommen zu unterzeichnen, das den Export von US-Rindfleisch erleichtern soll.

Man darf aber bezweifeln, ob Trumps Bemerkung über Importzölle auf deutsche Autos wirklich nur ein Scherz war. Genau darüber denkt der Präsident nämlich schon lange nach. Trump stört vor allem, dass die amerikanischen Autos in der EU kaum Absatz finden. „Wie viele Chevrolets sehen Sie in Deutschland?“, fragte Trump schon zu Beginn seiner Amtszeit. Er verweist darauf, dass die EU Einfuhrzölle von zehn Prozent erhebt, die USA hingegen nur von 2,5 Prozent. Aber ist das der Grund? Oder sind die amerikanischen Autos für die meisten Europäer einfach unattraktiv?

Höhere Zölle auf deutsche Autos würden die hiesige Wirtschaft (wie die Verbraucher in den USA) erheblich treffen (<http://welt.de/197597081>). 2018 wurden rund 840.000

Neuwagen in die USA exportiert. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bot vor kurzem an (<http://welt.de/197214803>), die Autozölle auf null zu senken. Wohl wissend, dass die USA vor allem einen Zugang zum EU-Agrarmarkt suchen, was Frankreich blockiert.

Trump-Forderung 4: Deutschland soll IS-Kämpfer zurücknehmen

Die USA bitten Großbritannien, Frankreich, Deutschland und andere europäische Verbündete, mehr als 800 IS-Kämpfer zurückzunehmen, die wir in Syrien gefangen genommen haben“, twitterte Donald Trump an einem Sonntag im Februar: „Sonst sind wir gezwungen, sie freizulassen...“ Schon lange zuvor hatten die syrischen Kurden an die Europäer appelliert, ihre Staatsbürger daheim vor Gericht zu stellen. Erfolglos.

Auch nach Trumps Drohung stellte sich Berlin stur. In kurdischen Lagern in Syrien sitzen rund 90 Deutsche, die mutmaßlich für die Terrormiliz Islamischer Staat kämpfen. Erst jüngst änderte der Bundestag das Staatsangehörigkeitsgesetz. Deutsche, die sich im Ausland „an Kampfhandlungen für eine Terrormiliz konkret beteiligt haben“, verlieren damit künftig ihren deutschen Pass, sofern sie einen weiteren besitzen. So muss sich Deutschland um sie nicht mehr kümmern. Immerhin: Eine mutmaßliche IS-Terroristin aus Bochum steht ab dem 10. September vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf.

Trump-Forderung 5: Deutschland soll Bodentruppen nach Syrien schicken

„Eine großartige Nation führt keine endlosen Kriege“ – dieser Satz ist von Donald Trump oft zu hören, er ist gewissermaßen seine außenpolitische Doktrin. Laut kündigt er immer wieder einen Abzug aus Krisengebieten an, nicht zuletzt aus Syrien. Nun sollen andere die USA entlasten, auch die Bundesrepublik. „Wir wollen von Deutschland Bodentruppen, um unsere Soldaten teilweise zu ersetzen“, forderte jüngst der US-Sonderbeauftragte für Syrien und die internationale Anti-IS-Koalition, James Jeffrey, in WELT AM SONNTAG (<http://welt.de/196466183>).

Die von Kurden geführten Kräfte in Syriens Nordosten sollten mit Ausbildern, Logistikern

und technischen Hilfskräften unterstützt werden. Er sei optimistisch, „dass die Deutschen mehr leisten können“, sagte Jeffrey. Zu Unrecht. Flugs lehnte die Bundesregierung die Bitte der Amerikaner ab. Man wolle die bisherigen Aktivitäten (Aufklärungs-Jets und Ausbilder im Irak) fortführen, hieß es. Dazu zählten „bekanntlich keine Bodentruppen“. Von der SPD kam eine harte Absage. Stimmen in der Union, man solle die Anfrage doch nicht reflexartig zurückweisen, verstummten rasch.

Trump-Forderung 6: Deutschland soll die Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 aufgeben

Es war ein Angriff auf offener Bühne. Ohne jede diplomatische Umschweife kritisierte US-Vizepräsident Mike Pence auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar das deutsch-russische Pipeline-Projekt Nord Stream 2. „Wir können die Verteidigung des Westens nicht garantieren, wenn unsere Bündnispartner sich vom Osten abhängig machen“, sagte Pence. Er warnte vor einer Spaltung durch die Energiepolitik. Die USA dankten allen Nato-Partnern, „die sich klar positioniert haben gegen Nord Stream 2“. Rumms.

Die Kritik aus Washington ist nicht von der Hand zu weisen, zumal Polen, Balten, selbst Franzosen das Projekt kritisieren. Deutschland ficht einerseits für Sanktionen gegen Russland, andererseits will es den bilateralen Energiehandel massiv ausbauen. Berlin argumentiert stets, Nord Stream 2 sei ein wirtschaftliches Projekt, nicht mehr. Europa (!) müsse „die Hoheit über seine Gasversorgung und die Diversität seiner Gasversorgung behalten“, sagt Kanzlerin Angela Merkel. Nichts spreche dagegen, künftig „auch amerikanisches Gas zu kaufen“. An der deutschen Nordseeküste werden derzeit zwei Terminals für den Import von Flüssiggas geplant.

Natürlich, den USA geht es nicht nur darum, Handel mit Russland zu unterbinden. Sie wollen künftig mehr eigenes Flüssiggas exportieren. Die Kritik an Nord Stream 2 in Washington teilen übrigens Republikaner und Demokraten. Erst am Mittwoch stimmte der Auswärtige Ausschuss des Senats für Sanktionen gegen die Betreiber der Erdgas-Pipeline.

Dieser Text ist aus der WELT AM SONNTAG. Wir liefern sie Ihnen gerne regelmäßig nach

Hause. (<https://www.lesershop24.de/welt-am-sonntag/>)

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/197918693>